



Kurzinformationen für Lehrer\_innen: **Irak**

### **Politischer und historischer Hintergrund:**

Der Irak entstand als britisches Protektorat nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges. Das Land war von Anfang an von großem ethnischem und religiösem Pluralismus geprägt. Während im Süden und im Zentrum überwiegend Arabisch gesprochen wurde, dominierten im Norden und Nordosten verschiedene Formen des Kurdischen. Religiös stellten die schiitischen Muslime eine knappe Mehrheit der Bevölkerung dar, gefolgt von sunnitischen Muslim\_innen, Christ\_innen verschiedener Konfessionen und Jüd\_innen, die damals ein Drittel der Bevölkerung Bagdads ausmachten. Dazu kamen noch Mandäer\_innen, Jesidi, kleine Gemeinschaften der Bahá'í und der Karäer\_innen, sowie verschiedene islamische Sondergruppen, wie die Yarsan (Ahl-e Haqq, Kakai), Shabak oder Bektaschi. In Bagdad existierte sogar ein historischer Tempel der Sikh.

Grenzen und Identität des Staates waren von Anfang an umstritten. Unabhängigkeits- und Autonomiebewegungen der Kurd\_innen gehen bis auf die britische Protektoratszeit zurück. Dazu kamen auch Autonomiebestrebungen aramäischsprachiger Christ\_innen im Nordirak, die 1933 – nur ein Jahr nach der Unabhängigkeit des Irak – einem blutigen Massaker, dem Massaker von Semele, durch die irakische Armee ausgesetzt waren.

In den 1930 Jahren wurde der Irak zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen zwischen konservativen monarchistischen Kräften, arabischen Nationalist\_innen und Kommunist\_innen. 1941 kam es zu einem Militärputsch arabischer Nationalisten, die mit Rashid Ali al-Gailani einen pro-deutschen arabischen Nationalisten an die Macht brachten. In der Folge kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen britischen und irakischen Truppen, welche mit einer irakischen Niederlage und der Besetzung des Irak durch britische Truppen endeten. In der Endphase dieses Kampfes machten arabische Nationalist\_innen die jüdische Bevölkerung Bagdads für die Niederlage verantwortlich und verübten vom 1. bis 2. Juni 1941 einen Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung des Irak („Farhud“), bei dem mindestens 180 Jüd\_innen ums Leben kamen.

Diese traumatische Erfahrung und einige bis heute nicht geklärte Anschläge auf jüdische Einrichtungen führten nach einem Abkommen des 1948 gegründeten Staates Israel mit der damaligen irakischen Regierung dazu, dass 1950/51 ein Großteil der jüdischen Bevölkerung des Irak nach Israel emigrierte. Nur in Bagdad und Basra blieben Restgemeinden bestehen, deren Mitglieder überwiegend in den 1960er Jahren auswanderten.

1958 stürzte eine Allianz aus linken und nationalistischen Offizieren die irakische Monarchie und rief eine Republik aus. Unter Abdel Karim Qasim gelang es den Kommunist\_innen und anderen linken Gruppierungen, Einfluss zu gewinnen und den Irak in eine sozialistische Richtung zu entwickeln, was wiederum dazu führte, dass die USA am 8. Februar 1963 in der Zeit des Kalten Krieges einen Putsch der arabisch-nationalistischen Baath-Partei gegen Abdel Karim Qasim unterstützten, der in einer blutigen Kommunist\_innenverfolgung endete.



Die Baathist\_innen schafften es allerdings nicht, sich dauerhaft an der Macht zu halten, sondern wurden durch Machtkämpfe mit verschiedenen rivalisierenden arabischen Nationalist\_innen wieder von der Macht verdrängt, bis sie sich am 17. Juli 1968 in einem zweiten baathistischen Putsch wieder an die Macht brachte. Der arabische Nationalismus wurde sowohl von vielen religiösen Schiit\_innen im Südirak als auch von vielen Kurd\_innen als Gefahr wahrgenommen. Bereits im Frühling 1969 brachen erneut Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den seit 1961 gegen die Zentralregierung kämpfenden kurdischen Peshmerga unter Mulla Mustafa Barzani aus, die 1975 in einer Niederlage der Kurd\_innen und in der Exilierung von Mulla Mustafa Barzani endeten.

In innerparteilichen Machtkämpfen der Baath-Partei setzte sich im Laufe der 1970er Jahre der Führer des Parteigeheimdienstes, Saddam Hussein, als neuer Machthaber durch, der 1979 nach dem Rücktritt von Präsident al-Bakr auch das Präsidentenamt übernahm. Im September 1980 startete er einen Angriff auf den Iran, der einen acht Jahre dauernden Krieg auslöste, welcher in den folgenden Jahren etwa 1 Million Iraker\_innen das Leben kosten sollte.

Parallel zum Krieg gegen den Iran verstärkten sich auch in den kurdischen Gebieten Aufstände, die von verschiedenen Peshmerga-Einheiten, überwiegend von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) unter Jalal Talabani, geführt wurden. Auch im Süden des Irak wurden kommunistische und religiös-schiitische bewaffnete Widerstandseinheiten aktiv. Die irakische Armee verwendete bei der Bekämpfung der kurdischen Aufstände Methoden genozidaler Aufstandsbekämpfung, die in den so genannten Anfal-Operationen, denen etwa 180.000 Menschen zum Opfer fielen, und dem Giftgasangriff auf Halabja mit 5.000 Toten ihren tragischen Höhepunkt fanden. Trotz dieser schweren Kriegsverbrechen wurde der Irak im Krieg gegen den Iran von den USA und anderen NATO-Staaten unterstützt. So lieferte etwa Frankreich Atomtechnologie und Deutschland Zutaten und Technologie für das Chemiewaffenprogramm der irakischen Regierung.

Nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges 1988 marschierte der Irak 1990 in Kuwait ein, was zum zweiten Golfkrieg 1991 führte, bei dem nun wiederum eine US-geführte Allianz den Irak aus Kuwait vertrieb, allerdings keinen Regierungswechsel herbeiführte. Aufstände der Schiit\_innen im Südirak wurden zuerst von US-Präsident Bush ermuntert, dann aber im Stich gelassen, was wiederum zu Massakern an der schiitischen Zivilbevölkerung und zur Zerstörung von schiitischen religiösen Stätten im Südirak führte. Auch die parallel dazu stattfindenden Aufstände der Kurd\_innen im Norden wurden zunächst niedergeschlagen. Erst als sich mehrere Millionen Kurd\_innen als Flüchtlinge in Richtung Türkei und Iran in Bewegung setzten wurde eine Flugverbotszone errichtet und damit die Möglichkeit der Schaffung einer kurdischen Autonomieregion im Nordirak ermöglicht.

Die Autonomieregion Kurdistan blieb isoliert und litt genauso unter dem Wirtschaftsembargo gegen den Irak wie die Regionen, die weiter von der irakischen Regierung unter Saddam Hussein beherrscht wurden. Zudem war die Autonomieregion von 1994 bis 1997 von einem Bürgerkrieg (Kurdisch: Birakujî, Brudermord) zwischen den Peshmerga der beiden großen kurdischen Parteien erschüttert, in dem sich die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) von



Masoud Barzani schließlich mit der irakischen Regierung Saddam Husseins gegen die Patriotische Union Kurdistans (PUK) verbündete und der zu einer Teilung der De-facto-Autonomieregion in ein PDK- und ein PUK-Gebiet führte.

Erst nach dem Sturz Saddam Husseins durch eine US-geführte Militärallianz 2003 wurde die Autonomieregion Kurdistan von der neuen irakischen Regierung anerkannt und die beiden Parteigebiete wurden zumindest oberflächlich unter einer gemeinsamen Verwaltung vereint.

Mit dem Sturz Saddam Husseins verlor die bis dahin ökonomisch und politisch dominierende sunnitisch-arabische Minderheit ihre führende Stellung zugunsten schiitischer Parteien und einer stärkeren Position der beiden kurdischen Parteien im Norden. Nach einer relativ ruhigen Phase der Besatzung begannen sich ab 2004 Anschläge von sunnitisch-arabischen Untergrundgruppen zu häufen, die politisch unterschiedlich orientiert waren, unter denen aber ab 2006 jihadistische Terrorgruppen immer deutlicher die Führung übernahmen. Die jihadistische Gewalt richtete sich in den folgenden Jahren gegen Schiit\_innen, aber auch gegen religiöse Minderheiten wie Mandäer\_innen oder Jesidi. Im August 2007 kam es in zwei Dörfern in der jesidisch geprägten Region Sinjar bereits zu Bombenanschlägen, bei denen 796 Menschen getötet und 1.500 weitere verletzt wurden.

Aus der „al-Qaida“ im Zweistromland entwickelte sich der „Islamische Staat im Irak“, der ab 2013 auch Jihadisten im syrischen Bürgerkrieg unterstützte und sich schließlich in „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ umbenannte, im Sommer 2014 große Teile des Zentralirak übernahm und Ende Juni 2014 in Mosul ein Kalifat ausrief. Seither nannte die Gruppe ihren neuen Para-Staat „Islamischer Staat“ (IS). Dieser verübte im August 2014 einen Genozid an den Jesidi in der Region Sinjar, wo tausende Männer ermordet und Frauen und Mädchen entführt und versklavt wurden. Ein ähnliches Schicksal ereilte auch die Schiit\_innen aus Sinjar und Tal Afar. Vertrieben wurden auch die aramäischsprachigen Christ\_innen aus der Ninive-Ebene östlich von Mosul. Viele ihrer Kirchen und Klöster wurden von den Jihadisten des IS zerstört.



Fahne des so genannten „Islamischen Staates“, seit 2015 in Österreich verboten.

In einem langwierigen Krieg gelang es der irakischen Armee, den kurdischen Peshmerga und den 2014 neu gegründeten Volksmobilisierungseinheiten schließlich, den IS zu besiegen. Im Sommer 2017 wurden auch Mosul und Tal Afar befreit. Mosul, die zweitgrößte Stadt des Irak, wurde bei diesen Kämpfen allerdings stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Innenstadt wurde weitgehend zerstört und der Wiederaufbau der Stadt geht genauso schleppend voran wie der Wiederaufbau der Dörfer und Städte in Sinjar. Auch Ende 2019 lebten noch die meisten Überlebenden des Genozids an den Jesidi von Sinjar in Zeltlagern in der Autonomieregion



Kurdistan, während die Türkei immer wieder Luftangriffe auf jesidische Milizen in der Sinjar-Region fliegt. Auch im Norden der Autonomieregion Kurdistan hat die Türkei im Laufe des Jahres 2019 immer größere Gebiete besetzt, um von dort aus Positionen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den nordirakischen Bergen zu bekämpfen.

Da die Volksmobilisierungseinheiten und die irakische Armee im Kampf gegen den IS Unterstützung vom Iran erhielten, gelang es dem Iran nach 2014, den Einfluss auf die irakische Politik auszubauen. Gegen diesen Einfluss des Iran, aber auch gegen die teils katastrophalen sozialen Verhältnisse und die grassierende Korruption richteten sich seit dem Oktober 2019 neue Proteste in Bagdad und in vielen Städten des Südirak. Dabei handelt es sich erstmals seit dem Sturz Saddam Husseins nicht um einen konfessionalisierten oder ethnisierten Konflikt, sondern um einen sozialen und politischen Konflikt. Iraker\_innen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft beteiligen sich an den Protesten, deren Ausgang bislang nicht abgeschätzt werden kann. Auch viele junge Frauen beteiligen sich an den Demonstrationen und an der Besetzung des Tahrir-Platzes im Zentrum von Bagdad. Dabei kommt es immer wieder zu Gewalt gegen die Demonstrant\_innen. Nicht nur die reguläre Polizei, sondern auch eine Reihe von Gruppen von Bewaffneten, die teilweise ohne zuordenbare Uniformen unterwegs sind, schossen immer wieder auf Demonstrant\_innen. In den ersten beiden Monaten der Protestbewegung waren insgesamt schon über 300 Tote zu beklagen.

#### **Mögliche Auswirkungen auf den Unterricht und die Klassengemeinschaft:**

Unter den in Österreich lebenden Iraker\_innen befinden sich zwar Angehörige unterschiedlichster ethnischer und religiöser Gruppen, allerdings kommt es trotz der Ethnisierung und Konfessionalisierung vieler Konflikte nach 2003 normalerweise selten zu Konflikten unter verschiedenen Iraker\_innen in der Diaspora. Latente Konflikte existieren zwischen (ehemaligen) Anhänger\_innen Saddam Husseins und Angehörigen der Opfer des damaligen Regimes. Dass Kinder aus solchen Familien ausgerechnet in einer Schulklasse aufeinandertreffen ist relativ unwahrscheinlich.

Was in der Praxis eher vorkommen kann ist, dass sich Kinder aus Familien, die Opfer jihadistischer Gewalt wurden, etwa jesidische oder christliche Schüler\_innen durch sunnitische Muslim\_innen bedroht fühlen. Dies hat manchmal mit den Einstellungen sunnitischer Muslim\_innen zu tun, wenn diese mit dem IS oder auch mit weniger extremistischen, aber doch sehr religiös-konservativen Gruppen sympathisieren. Allerdings kann dies auch mit der Traumatisierung der Opfer jihadistischer Gewalt zu tun haben. Für viele Opfer des IS ist die erlittene Verfolgung nicht nur eine Tat einer bestimmten jihadistischen Gruppe, sondern „der Muslim\_innen“, was auch dadurch begünstigt wird, dass es schon vor 2014 eine lange Verfolgungsgeschichte der Jesidi gibt.

#### **Interventionsmöglichkeiten bei Konflikten in der Klasse:**



Bleiben Sie generell aufmerksam, wenn es um Konflikte in der Klasse geht und machen Sie auch durch Ihr eigenes Verhalten klar, dass Diskriminierung und Mobbing in der Schule keinen Raum haben.

Handeln Sie, wenn Konflikte ethnisiert oder konfessionalisiert werden, Schüler\_innen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert werden oder wenn sich Konflikte in Richtung Mobbing entwickeln.

Wichtig ist es dabei auch, zu erkennen, ob es sich tatsächlich um Mobbing handelt oder ob die Traumata von Überlebenden genozidaler Verfolgung durch andere Erlebnisse getriggert wurden. Auch dieses individuelle Erleben von Traumatisierten ist unbedingt ernst zu nehmen, benötigt aber eine andere Reaktion als Mobbing Erfahrungen. In solchen Fällen wäre unbedingt professionelle Hilfe für die Traumatisierten, etwa durch eine Psychotherapie, ratsam. Die Schulpsychologie kann in solchen Situationen ein erster Ansprechpartner sein.

**Literaturempfehlungen:**

Marion Farouk-Sluglett / Peter Sluglett: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur. Frankfurt am Main, 1991

Henner Fürtig: Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis heute. München, 2016

Thomas Schmidinger: „Die Welt hat uns vergessen“ Der Genozid des „Islamischen Staates“ an den JesidInnen und die Folgen. Wien, 2019

Autor: Thomas Schmidinger